

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 4. Juli 2013  
– Drucksache 15/3804**

### **Denkschrift 2013 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg; hier: Beitrag Nr. 4 – Landesschulden und Landesvermögen**

#### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 4. Juli 2013 zu Beitrag Nr. 4  
– Drucksache 15/3804 – Kenntnis zu nehmen.

14. 11. 2013

Der Berichterstatter:

Dr. Reinhard Löffler

Der Vorsitzende:

Karl Klein

#### Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/3804 in seiner 37. Sitzung am 14. November 2013.

Der Berichterstatter legte dar, der Rechnungshof empfehle in seinem Denkschriftbeitrag, das Verschuldungsverbot in der Landesverfassung zu verankern. Diese Empfehlung sei vom Rechnungshof schon wiederholt deutlich vorgebracht worden, ohne dass dies die Regierungskoalition interessiert hätte. Ferner moniere der Rechnungshof zu Recht, dass im Staatshaushaltsplan 2013/14 die Aufnahme neuer Kredite in Höhe von insgesamt 3,3 Milliarden € vorgesehen sei.

Verbessert werden könnte auch das „lausige“ Kreditmanagement. Darin stimme er dem Rechnungshof voll zu. Angesichts der sinkenden Zinsen ließen sich wesentlich bessere Ergebnisse erreichen. Außer dem Abbau der Rücklagen unternehme die Landesregierung jedoch nicht viel.

Ausgegeben: 18. 12. 2013

Für wichtig halte er eine Aufgabenreduzierung. Dafür habe die Landesregierung allerdings kein Konzept.

Ein weiterer Aspekt, der ihm wichtig sei, aber in dem Denkschriftbeitrag nicht erwähnt werde, beziehe sich auf die Prozesse. In der freien Wirtschaft werde über ein entsprechendes Management versucht, Prozesse effizienter zu gestalten und zu verkürzen. Die Landesregierung mache jedoch in vielem genau das Gegenteil und blende diesen Aspekt völlig aus. Dies koste viel Geld und beanspruche erhebliche Kapazitäten. Das Finanz- und Wirtschaftsministerium sollte einmal überlegen, wie sich Prozesse, die immer gleich abliefen, effizienter gestalten ließen. Dadurch würde sich eine zusätzliche Möglichkeit eröffnen, um Einsparungen zu erzielen. Auch bitte er den Rechnungshof, die bestehenden Prozesse einmal zu prüfen und nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen.

Eine Abgeordnete der Grünen wies die Formulierung des Berichterstatters, das Kreditmanagement sei „lausig“, nachdrücklich zurück. Sie betonte, es liege vielmehr ein qualitativ hochwertiges Kreditmanagement vor, durch das sich die Zinsausgaben verringert hätten. Dabei handle es sich im Übrigen um Ausgaben für Schulden, die von der CDU hinterlassen worden seien. Die CDU habe es in 58 Jahren Regierungsverantwortung zweimal geschafft, den Haushalt ohne Aufnahme neuer Kredite auszugleichen. Grün-Rot hingegen regiere erst seit zweieinhalb Jahren und habe weder 2011 noch 2012 neue Schulden gemacht. Dies gelte bis heute auch für 2013. Sie wies den Berichterstatter in diesem Zusammenhang darauf hin, dass er nicht Kreditermächtigungen mit tatsächlich aufgenommenen Schulden verwechseln sollte.

Entscheidend sei, dass die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse bis 2020 eingehalten werde. Der Weg dahin lasse sich allerdings nicht von heute auf morgen bewältigen, da ein strukturelles Defizit bestehe. Wichtig sei, dass der von der Regierungskoalition vorgelegte Plan zum Abbau der Verschuldung bis 2020 eingehalten werde. Die Maßnahmen, die Grün-Rot bereits eingeleitet habe, reduzierten das strukturelle Defizit bis 2019 schon um über 1 Milliarde €. Die Regierungskoalition habe das von ihr übernommene strukturelle Defizit bereits um über die Hälfte verringert.

Der Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft führte aus, die Kritik des Berichterstatters an den Beamten seines Hauses, die das Kredit- und Liquiditätsmanagement betrieben, sei unzutreffend. Er wies diese Kritik in schärfster Form zurück. Vielmehr werde ständig und sehr gewissenhaft umgeschuldet. Auch habe er die Formulierung, das Kreditmanagement sei „lausig“, in dem vorliegenden Denkschriftbeitrag nirgendwo gelesen.

Der Rechnungshof zeige auf, dass das gegenwärtig niedrige Zinsniveau dem Land entgegenkomme. Doch sei es schon immer so gewesen, dass ein Zinserhöhungsrisiko bestehe und Zinssteigerungen den Haushalt erheblich belasteten.

Nach seiner Erinnerung habe der Haushalt 2008 nur deshalb ohne Aufnahme neuer Schulden ausgeglichen werden können, weil auch damals auf die Rücklagen zugegriffen worden sei. Bei jemandem, der andere für etwas kritisiere, was er früher selbst praktiziert habe, stelle sich die Glaubwürdigkeit etwas schwierig dar.

Der Ausschuss könne sich darüber einig werden, dass der Haushalt seit vielen Jahrzehnten ein strukturelles Defizit aufweise. Bei kaufmännischer Betrachtung wäre im Übrigen kein einziger Haushalt in all den Jahren schuldenfrei gewesen. Dies gelte auch für die Haushalte der Jahre 2008 und 2009 sowie die der Jahre 2011 bis 2013.

Der Vizepräsident des Rechnungshofs erklärte, sein Haus habe das Kreditmanagement in der Tat nicht kritisiert. Allerdings könne angesichts des im Vergleich zu 2011 gesunkenen Durchschnittszinssatzes 2012 der Gedanke entstehen, das Land müsste das Geld an sich günstiger erhalten. Die bestehende Situation habe ihre Ursache darin, dass in der Regel langfristige Kreditverträge abgeschlossen würden. Dies sei legitim und vom Rechnungshof auch immer für richtig erachtet worden. Andererseits ergebe sich bei den jetzt abgeschlossenen Verträgen der Vorteil, dass sich das Land die aktuell günstigen Zinsen relativ lange sichern könne.

Der Rechnungshof baue in seinen Denkschriften immer das Szenario auf, wie sich eine Erhöhung des Zinsniveaus um einen Prozentpunkt auf den Haushalt auswirken würde. Vor dem gerade geschilderten Hintergrund lasse sich durchaus die Ansicht vertreten, dass ein solches Szenario nicht so schnell Wirklichkeit werde.

Ein Abgeordneter der CDU hielt der Abgeordneten der Grünen entgegen, in den 58 Jahren der Regierungsverantwortung unter der CDU sei es mehr als zweimal gelungen, den Haushalt ohne neue Schulden auszugleichen. Grün-Rot habe 2012 keine neuen Kredite aufgenommen. Dies werde wohl auch 2013 der Fall sein. Doch liege dies an den Zahlen. So habe, wie sich aus dem Beitrag Nr. 2 der aktuellen Rechnungshofdenkschrift ergebe, bei den Einnahmen 2011 das Ist um fast 2,6 Milliarden € über dem Planansatz gelegen; 2012 seien es knapp 2 Milliarden € gewesen. Für 2013 wiederum lasse sich eine ähnlich hohe Differenz erwarten. Wer solche Mehreinnahmen verbuche, könne leicht darauf hinweisen, dass zum Haushaltsausgleich keine neuen Schulden hätten aufgenommen werden müssen. Er kritisiere dies nicht, doch seien der Ehrlichkeit halber auch die Mehreinnahmen zu erwähnen.

Ein Abgeordneter der SPD unterstrich, sein Vorredner habe die Richtigkeit der Argumentation von Grünen und SPD bestätigt. Die CDU-geführten Landesregierungen hätten Schulden aufgebaut in einer Zeit, in der keine Wirtschafts- und Finanzkrise bestanden habe. Er betrachte die Dynamik der Entwicklung des Schuldenstands in den letzten zehn bis 15 Jahren mit Sorge.

Ihn interessiere noch, wann die Einnahmen des Landes wieder das Niveau erreichten, auf dem sie vor der Krise gewesen seien.

Der Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft bemerkte, bei den von ihm in letzter Zeit besuchten Finanzämtern habe das Steueraufkommen erst in diesem Jahr wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Er werde dem Ausschuss den Durchschnittswert gern nachreichen.

Die von dem Abgeordneten der CDU erwähnten Mehreinnahmen stünden dem Land nicht in voller Höhe zur freien Verfügung. Vielmehr müsse auch die Steigerung der zwangsläufigen Ausgaben berücksichtigt werden. Er bitte also, zwischen brutto und netto zu unterscheiden. Es sei nicht sachgerecht, die Landesregierung zu kritisieren, wenn die Mehrausgaben ignoriert würden.

Sodann fasste der Ausschuss auf Vorschlag des Rechnungshofs, wie vom Vorsitzenden ohne Widerspruch festgestellt, einstimmig die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 15/3804 Kenntnis zu nehmen.

18. 12. 2013

Dr. Reinhard Löffler